

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michlew.**
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 17. Jänner 1919. Nr. 29.

Eine Steuerdebatte im Stadtrat. Zu Beginn der heutigen unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung des Stadtrates besprach StR. Dr. Kienböck das derzeitige Vorgehen der Steuerbehörden. Diese haben die Vorschreibungen jahrelang liegen gelassen und nun erfolgt eine Flut von Vorschreibungen und die Steuern müssen nun auf einmal bezahlt werden. Dies birgt die Gefahr in sich, dass eine Reihe von Geschäften in ihrer Betriebsführung äusserst gefährdet werde, und die Arbeitslosigkeit noch weiter steige. Unsere Volkswirtschaft vertrage solche Experimente nicht. Die Gemeinde hätte daher auf die Finanzverwaltung in dem Sinne Einfluss zu nehmen, dass bei der Steuervorschreibung und Einhebung zweckmässiger und gerechter vorgegangen werde. - StR. Breuer bemerkt, dass über diesen Punkt ein Magistratsbericht vorliege, der aber teilweise bereits überholt sei. Es wäre daher ein neuer Bericht einzuholen. - StR. Emmerling wünschte eine Aenderung des gesamten Steuersystems, da die jetzigen Verhältnisse tatsächlich unhaltbar seien. Die Steuermoral ist sicherlich nicht einwandfrei, aber die Ermittlung der Steuerschuldigkeit müsse doch nach den tatsächlichen Verhältnissen erfolgen und eine gerechte Steuervorschreibung stattfinden. Der Magistrat möge sich in dem vorzulegenden Bericht auch über die Forderungen der Gemeinde bezüglich der Steuerreform äussern. - StR. VB. Rain betont, dass die Vorschreibungen in allen Kreisen der Bevölkerung berechnete Empörung hervorgerufen habe. Die Bevölkerung dürfe nicht der Willkür der Finanzbehörde ausgesetzt sein. Unter diesen Umständen werde dem Gewerbe jede Möglichkeit zum Wiederaufbau genommen. Die Verfügungen der Regierung bezüglich der Steuereinzahlung seien für Hunderttausende eine Lebensfrage und bedeuten in ihrer Anwendung eine Rücksichtslosigkeit gegen Kleingewerbetreibende und Festbesoldete. - StR. Dechant bezeichnet insbesondere die Verfügung, für Zinsen 12 % einzuheben, als eine unnötige Härte. - Der Stadtrat fasste schliesslich den einstweiligen Beschluss, bis nächsten Dienstag einen neuen Magistratsbericht über diese Frage einzuholen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 17. Jänner 1919. Nr. 30.

Personalzulagen für die Betriebsbeamten der Elektrizitätswerke. Der Stadtrat beschloss nach einem Berichte des StR. Schmid, den Elektromaschinenmeistern, Maschinenmeistern, Kesselmeistern, Stationsmeistern, Werkmeistern, Kabelmeistern, Obermaschinen, Oberelektrikern und Oberheizern eine für die Pension anrechenbare jährliche Personalzulage zu bewilligen.

Ausbau der Jugendfürsorge. Nach einem Berichte des StR. Tomola wird die Anzahl der Volkskindergärten, das sind Kindergärten mit Ausspielung und ganztätigen Betriebe ein-

stellen mit 8 festgesetzt. Den Leiterinnen solcher Kindergärten wird für ihre vermehrte Dienstleistung eine jährliche Zulage von 600 Kronen gewährt. Für definitive Kindergärtnerinnen 1. Kategorie (Oberkindergärtnerinnen) werden 8 Stellen und für provisorische Kindergärtnerinnen ebenfalls 8 Stellen neu systematisiert. Den provisorischen Kindergärtnerinnen kann nach fünfjähriger zufriedenstellender Dienstleistung das Definitivum verliehen werden. Die Gesamtkosten für den Ausbau der Kindergärten betragen 24.170 Kronen.

Beförderungen bei den Strassenbahnen. Der Stadtrat hat die Ingenieure Theodor Kwopil, Max Kmentz, Julius Joly, Ludwig Föberle, Adolf Kraus, August Winter, Ernst Muhr, Johann Siwoin, Ludwig Reichart und Josef Kotzian zu Inspektoren der städtischen Strassenbahnen ernannt.

Ernennungen: Der Stadtrat hat ernannt: Im Lagerhaus: Robert Hanslik und Paul Hofbauer zu Oberoffizialen; Gustav Killmann und Bruno Bachler zu Offizialen; Otto Heinrich Dostal, Karl Wiesbauer, Johann Kimmel, Edwin Machacek, Josef Luza, Franz Mischer, Franz Solar und Johann Stajkal zu Akzessisten; Wenzel Risavy, Gregor Franz, Anton Grätzl, Julius Helpap und Georg Buschka zu provisorischen Unterbeamten. Im Konskriptionsamt: Gustav Fleischmann zum Oberkontrollor; Leopold Oberhauser zum Kommissär und Otto Stühr zu Akzessisten.

Die Kriegsaushilfe der Pensionisten der Strassenbahn. Dem Gemeinderat wird in seiner nächsten Sitzung ein Bericht des StR. Schneider beschickt, wonach die nicht im Bezüge der vollen Pension stehenden Angestellten der städtischen Strassenbahnen, welche von neuem auf Kriegsdauer in den Dienst getreten sind, zu ihrer bisherigen Pension einen Zuschlag aus Betriebsmitteln der Strassenbahn erhalten, wenn ihre Neuwiederverwendung während des Krieges mindestens durch ein volles Jahr ununterbrochen gestanden hat. Hierbei wird die in die Kriegsjahre fallende Dienstzeit in erhöhtem Ausmass angerechnet.

Subventionen für humanitäre Zwecke. In der heutigen Stadtratssitzung berichtete StR. Tomola über die Bewilligung von Subventionen für humanitäre Zwecke, für humanitäre Vereine, die sich mit der Armenkinderpflege befassen, für Wissenschaft und Kunst, Volksbibliotheken, nationale und vaterländische Zwecke, Fremdenverkehr und Sport und für Kindergärten und verschiedene Schulzwecke für das Jahr 1918.

StR. Winter beantragt die Einsetzung eines Komitees, welches die Richtlinien festzusetzen hätte, nach denen Subventionen zu gewähren sind. Jeder Verein hätte seine Leistungen nachzuweisen und es sollen nur diejenigen Vereine berücksichtigt werden, welche eine solche Tätigkeit entfalten, dass hierdurch der Gemeinde ein Teil seiner Pflichten abgenommen wird, die sie selbst gegenüber der anderen Allgemeinheit hat. StR. Dr. Hein spricht sich für den Antrag aus. StR. Dr. Haas gibt der Meinung Ausdruck, dass die Richtlinien erst für die künftigen Subventionen festzusetzen sei, dass sie sich aber jetzt um Subventionen handle, mit denen die Vereine sicher rechnen und beantragt

die Bewilligung der vorliegenden Subventionen. StR. Dr. Kienböck bemerkt, dass die Richtlinien nicht leicht aufzustellen seien. StR. Angermayer betont, dass der Magistrat die Tätigkeit der einzelnen Vereine genau erheben und nur die Unterstützungswürdigen für die Beteiligung vorzuschlagen. Er weist darauf hin, dass auch bei den besten sozialen Einrichtungen die private Fürsorge immer bestehen werde. StR. Emmerling tritt für die Einsetzung dieses Komitees ein. StR. Kürber spricht sich im Interesse der humanitären Bestrebungen, der in Betracht kommenden Verein gegen den Antrag Winter aus. - StR. Melcher und StR. Richter sprechen sich für die Einsetzung des Komitees aus. - StR. Hohensinner beantragt die Einsetzung eines sichengliederigen Komitees, bestehend aus 4 Christlichsozialen, 2 Sozialdemokraten und einem Freiwirtschaftlichen. - StR. Müller wünscht, dass es den neuzuwählenden Gemeinderäte zu überlassen sei, die Richtlinien festzulegen. Die vorliegenden Subventionen wären aber sofort zu bewilligen. - StR. Tomola stellt einen Vermittlungsantrag dahingehend, dass den Vereinen, ^{gegen Subventionen} von keiner Seite angefochten werden, die sofort zu bewilligen seien, und dass sich das Komitee bloss mit jenen Fällen zu beschäftigen habe, die strittig sind.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der während der Beratungen im Saale erschienen war, erklärt, dass diese Subventionen bereits einmal im Stadtrate beraten und beschlossen wurden. Er habe aber verfügt, dass diese Angelegenheit neuerlich dem Stadtrate vorzulegen ist, weil er der Ansicht ^{sei, dass es nicht angehe,} dass Beschlüsse, welche der alte Stadtrat gefasst hat, dem neuen Gemeinderate vorgelegt werden. Er habe mit dem V. Reumann vereinbart, dass im heurigen Jahre keine Abänderungen eintreten sollen. Die Beschlussfassung sei deshalb dringend, weil die Vereine mit dem Betrage rechnen und die meisten auch den Betrag, der von der Gemeinde erst zu bewilligen ist, schon ausgegeben haben. Wenn diese Subventionen nicht bewilligt werden, so werden viele Vereine in die grössten finanziellen Schwierigkeiten geraten.

Der Antrag des Referenten StR. Tomola und der Antrag des StR. Hohensinner werden angenommen. In das Komitee werden gewählt: die StRe. Dr. Haas, Dr. Kienböck, Tomola und Dechant, Winter und Hellmann, und Hohensinner.

Neue Magistratsräte. In der heutigen Stadtratssitzung wurde nach einem Berichte des VB. Hoss der Leiter des magistratischen Bezirksamtes Leopoldstadt Dr. Josef Seemann zum Magistratsrate ernannt und dem Leiterstellvertreter der Bezirkswirtschaftsstelle Dr. Karl Hubmayer der Titel eines Magistratsrates verliehen.

Die Einsetzung der Wahlbehörden. Die endgiltige Festsetzung der Wahlprognose durch die Kreiswahlbehörde ist erfolgt und wurden deren Beschlüsse am 17. Jänner d.J. kundgemacht. Den Parteien steht es schon frei, innerhalb 48 Stunden nach Verlautbarung dieser Beschlüsse, also bis längstens Sonntag, 19. d.M. mittags ihre Anträge wegen Bildung der Ortswahlbehörden dem Kreiswahlleiter durch einen zustellungsbevollmächtigten Vertreter der Partei schriftlich zu unter-

breiten. In gleicher Weise können etwa früher bereits erstattete Anträge der Parteien von diesen in der angegebenen Frist ergänzt werden.

Die Wahlberechtigung der Reichsdeutschen. Der deutsch-österreichische Staatsrat hat folgende Kundmachung herausgegeben: Im Sinne des § 3 des Gesetzes über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung und des Artikels 2 des Gesetzes über die Berufung der konstituierenden Nationalversammlung wird verlautbart, dass die Bedingung der Gegenseitigkeit für die Wahlberechtigung der deutschen Reichsangehörigen für die konstituierende Nationalversammlung erfüllt ist. Gemäss § 1 des erstgenannten Gesetzes sind somit jene deutschen Reichsangehörigen, die am Tage der Verlautbarung der Wahlauschreibung ihren ordentlichen Wohnsitz in einer Gemeinde Deutschösterreichs hatten, unter den gleichen Voraussetzungen wie die